

«Wir müssen uns eingestehen, dass wir nicht alles machen können»

Gespräch zwischen Peter Wolff, Marco Ospelt und Paul Vogt zur zukünftigen Entwicklung Liechtensteins

her Leute zuwandern müssen. Das Problem besteht nun darin, wie man diesen Konflikt lösen kann. Die Mehrheit der Bevölkerung dürfte aus psychologischen Gründen eine Zuwanderung ablehnen. Auf der anderen Seite steigt der Bedarf an Arbeitskräften ständig an. Da gibt es sicher keine einfachen Lösungen und keine Patentrezepte. Wir müssen uns mit diesen Fragen auseinandersetzen und in unseren Köpfen umdenken. Die Zuwanderer bringen Bedürfnisse mit und sie erheben Anspruch auf politische Rechte in unserem Land. Wir werden auch, was die Flüchtlingspolitik betrifft, in Zukunft vor einem Problem stehen. Ich gehe davon aus, dass wir auch in Zukunft aufgefordert sind, diesbezüglich eine liberale und offene Politik zu betreiben.

Marco Ospelt: Die Ausländerpolitik ist ein sehr heikles Thema. Die Abstimmung zur Einbürgerung alteingesessener Ausländer hat das deutlich gezeigt. Regierung, Landtag und Parteien waren der Meinung, ein restriktives Gesetz vorgeschlagen zu haben, so dass es in der Bevölkerung weitestgehende Zustimmung finden könnte. Da wurden wir auf den Boden der Realität zurückgeholt. Dies zeigt, dass wir uns in dieser Frage auf sehr sensiblem Boden bewegen. Ich denke, dieser ganze Diskurs um die Ausländerpolitik und die Wirtschaftsentwicklung zeigt, dass wir sehr nahe an unsere Grenzen gelangen. Es zeigt auch, dass wir dieses Problem nicht einfach der Wirtschaft überlassen können. Ich stimme Ihnen zu, Herr Wolff, dass die Zahl von 56 Personen spielend erreicht sein wird. Das ist eine nach oben offene Skala, die zu einem Erdbeben führt, wenn sich die Bevölkerung damit und somit mit dieser Entwicklung nicht identifiziert.

Ich sehe uns an einem Scheideweg, wo wir die Wahl haben, grössenwahnsinnig weiterzumachen wie bisher oder uns offensiv unserer Identität zu stellen.

Es gibt Stimmen, die sagen, dass die ausländischen Arbeitskräfte im angrenzenden Ausland deponiert werden sollen. Andererseits gibt es Statistiken, die von 10000 neuen Einwohnern in den nächsten 10 Jahren ausgehen. Hier kommen doch durch diese Entwicklung grundlegende Probleme auf uns zu.

Peter Wolff: Ja sicher. Die Probleme würden noch viel schneller und unbewältigbarer auf uns zukommen, wenn man sagen würde, dass man diejenigen, die im angrenzenden Ausland wohnen, in unser Land holt. Da muss man von Fall zu Fall, sprich von Jahr zu Jahr, sehen, wie man das machen kann. In dieser Hinsicht bin ich vielleicht zu sehr Realist und zu wenig Idealist. Ich sehe nicht, wie man diesbezüglich einen grossen Plan erarbeiten kann, nach welchem man sagen kann: wir machen es die nächsten zehn Jahre so oder so. Das sehe ich als unrealistisch an.

Paul Vogt: Peter Wolff hat diesbezüglich schon eine fast resignative Haltung. Ich glaube schon, dass gerade wir als Politiker versuchen müssen, die Zukunft bewusst zu gestalten. Wir müssen uns eingestehen, dass wir nicht alles machen können. Wir müssen auch bereit sein, bewusst zu entscheiden und einen Weg wählen. Dann stellt sich die Frage: Was wollen wir eigentlich? Wollen wir ein Land der unbeschränkten Möglichkeiten sein? Dann heisst es, Zuwanderung zu akzeptieren, damit die Industrie und der Finanzplatz immer weiter boomen können. Oder wollen wir durch gesetzte



Paul Vogt: «Ich denke, dass Liechtenstein als Kleinstaat eine Zukunft hat, solange wir nicht überborden. Kleinstaat haben gerade in Europa eine lange Tradition.»

Massnahmen und eine bewusste Politik die Zukunft unseres Landes in eine bestimmte Richtung lenken? Dann müssen wir zwischen verschiedenen Alternativen entscheiden.

Themawechsel: Das Verhältnis zur Schweiz wird diesen Spätsommer bei der LSVA-Abstimmung sicher Gegenstand der Diskussion sein. Wie beurteilen Sie das Verhältnis zur Schweiz, Herr Ospelt?

Marco Ospelt: Ich höre von der Regierung immer wieder, dass unser Verhältnis zur Schweiz so gut wie noch nie sei. Ich bemerke jedoch andererseits, dass sich die Beziehungen, die auf verschiedenen Ebenen gespielt haben, gelockert haben. Das Zusammenspiel zwischen beiden Staaten spielt sich, zumindest von aussen betrachtet, nicht mehr so selbstverständlich ab. Nach aussen kommt eine Abkühlung des Verhältnisses zum Ausdruck. Dies sowohl von Vertretern auf Seiten der Schweiz als auch von Vertretern von Seiten Liechtensteins. Als Bürger stelle ich fest, dass die selbstverständliche Unterstützung, welche die Schweizer Behörden unserem Land bisher gewährt haben, nicht mehr da ist. Ich habe ein wenig das Gefühl, diese Freundschaft wird nicht gepflegt, sondern schöngeredet.

Peter Wolff: Ich habe eher den Eindruck, dass gewisse Leute in unserem Land krampfhaft versuchen, die Beziehung zur Schweiz krank zu reden. Das finde ich nicht notwendig. Ich finde auch nicht, dass die Beziehung schlecht ist. Ich finde, dass die Aussage der Regierung, dass die Beziehung noch nie so gut gewesen sei, sicher auf die unmittelbare Beziehung unserer Regierung zum Bundesrat zutrifft. Diese Beziehungen sind so häufig und eng, wie noch nie. Ungedacht dessen gibt es Entwicklungen, die zwangsläufig mit dem Erwachsen-

werden unseres Landes zusammenhängen. Das hat mit einem gewissen Abnabelungsprozess zu tun. Dort sind wir alle gefordert. Bei jeder Beziehung zur Schweiz, sei es geschäftlich, privat oder politisch, dürfen wir auf der Schweizer Seite nicht den Eindruck erwecken, dass wir hochmütig oder arrogant seien. Das ist eine Gefahr, welcher wir alle entgegen müssen. Auf unserer Seite ist Bescheidenheit am Platze, damit auf Schweizer Seite nicht negative Einstellungen gegen unser Land hervorgerufen oder gefördert werden.

Das Thema Raumordnung hat sicher auch etwas damit zu tun, was Liechtenstein lebenswert macht.

Paul Vogt: Ob die Beziehungen zum Bundesrat besser als je zuvor sind, kann ich nicht beurteilen. Ich denke, dass man feststellen muss, dass sich die Beziehungen verändert haben. Liechtenstein hat dies selber so gewollt, indem wir Verträge mit der Schweiz, die wir jahrzehntlang hatten, gekündigt haben. Als Beispiel hierfür stehen der Postvertrag und die Telekommunikation. Teilweise haben wir auch bei der Mehrwertsteuer eine eigene Lösung gesucht. Aussenpolitisch haben wir ebenfalls mehr Selbstständigkeit gezeigt. Das hat alles dazu beigetragen, dass man das Gefühl hat, das Verhältnis zur Schweiz habe gelitten. Dadurch, dass Liechtenstein mehr Selbstständigkeit zeigt, werden wir in der Schweiz auch anders wahrgenommen. Es ist heute nicht mehr so, dass wir als Schweizer Kanton angesehen wer-

den, sondern wir werden als eigener Staat behandelt. Dies war vor 20 Jahren nicht der Fall. Das bringt auch mit sich, dass sich die Schweiz gegenüber uns in manchen Fragen kritischer verhält. Wir haben diese Änderungen von uns aus herbeigeführt, weil wir auf unseren eigenen Nutzen und Vorteil bedacht waren. Wir haben in einigen Bereichen, wie beispielsweise bei der Telekommunikation, Gewinnmöglichkeiten gesehen, auch wenn es schlussendlich anders herausgekommen ist. Zu bedauern ist sicher auch, dass die Aktivitäten der Gesellschaft Schweiz-Liechtenstein kleiner geworden sind.

Marco Ospelt: Für mich ist die eine Frage, was man tut, und die andere Frage, wie man es tut. Wir haben einige Handlungen mindestens mit dem Gestus der Überlegenheit gesetzt. Ich glaube, das Wie war entscheidend. Es ist durchaus legitim, dass die Schweiz als Staat die Interessen der Schweiz vertritt. Ich glaube jedoch, dass das Verhältnis zur Schweiz auf einer anderen Ebene abgelaufen wäre, wenn dieser kleine Zwerg nicht so gross getan hätte. Dann hätten wir beispielsweise von einem Schweizer Diplomaten einen Wink oder einen Hinweis erhalten, dass Liechtenstein wegen dieser oder jener Kriterien zur Diskussion steht. Wir hätten dann früher die Gelegenheit gehabt, aufgrund von Informationen früher zu reagieren.

Zum Abschluss möchte ich an jeden von Ihnen die Frage stellen: Welche Rolle kann und soll ein Kleinstaat wie Liechtenstein in Zukunft übernehmen?

Peter Wolff: Ich glaube, dass der Kleinstaat gerade in Europa eine Zukunft hat. Er darf seine Rolle als Kleinstaat nur nicht so auffassen, dass er sich total abschotten kann. Überall dort, wo ein Mitmachen gefragt ist, soll man auch

mitmachen. Eine gewisse Offenheit soll er zeigen. Man muss auch dort mitmachen, wo es gewisse Opfer fordert. Dann glaube ich, dass der Kleinstaat, nicht im Sinne des absoluten in jeder Hinsicht souveränen Nationalstaates, aber als Gebilde mit einer beschränkten Souveränität durchaus lebensfähig ist. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nicht ein normaler Kleinstaat sind. Wir sind ein Kleinstaat. Im Ausland kann sich nämlich niemand vorstellen, dass man mit rund 32000 Einwohnern einen Staat betreiben kann. Das ist auch nicht leicht. Deshalb sollten wir nie vergessen, dass wir uns glücklich schätzen dürfen, dass wir schon so lange als eigener Staat existieren. Wenn wir uns unserer Kleinheit mit den beschränkten Möglichkeiten und mit den Abhängigkeiten von den Nachbarn und Freunden bewusst sind, glaube ich, dass wir in Zukunft gute Möglichkeiten haben zu bestehen.

Wir brauchen auch die Besinnung darauf, dass wir eine eigene Kultur und eine lange Geschichte haben.

Marco Ospelt: Ich sehe uns an einem Scheideweg. An einem Scheideweg, wo wir die Wahl haben, grössenwahnsinnig weiterzumachen wie bisher oder uns offensiv unserer Identität zu stellen. Wenn wir so weitermachen, ist, so glaube ich, unsere Existenz innerhalb diesem Europa in Frage gestellt. Wenn wir wirklich darüber diskutieren, was unsere Existenz ist, und wir darüber diskutieren, was die Lebensqualität in einem Kleinstaat ausmacht und diese Lebensqualität pflegen, dann sehe ich durchaus eine Zukunft für den Kleinstaat Liechtenstein. Wir müssen aber auch daran denken, Europa etwas zurückzugeben. Hierbei denke ich beispielsweise an Friedensforschung und Katastrophenhilfe. Wir profitieren nämlich ebenfalls von diesem Europa. Als Letztes möchte ich noch erwähnen, dass wir gerade als Kleinstaat mehr Demokratie wagen sollten. Die demokratischen Institutionen, zu welchen wir gehören, sollten sich immer wieder überlegen, wie die Demokratie gestärkt werden kann. Ich könnte mir hierzu zum Beispiel vorstellen, dass wir zur Direktwahl der Regierung kommen könnten, um die Verquickung von Legislative und Exekutive, die uns im Landtag schon Probleme gemacht hat, aufzuheben und die Aufgaben dieser beiden Institutionen noch klarer zu trennen und zuzuordnen.

Paul Vogt: Ich denke, dass Liechtenstein als Kleinstaat eine Zukunft hat, solange wir nicht überborden. Kleinstaat haben gerade in Europa eine lange Tradition. Es gibt auch keine Diskussion um die Existenzberechtigung von Kleinstaat mehr. Gerade als Finanzplatz haben wir erlebt, wie schlecht das Image werden kann. Wir sind mit der Nase darauf gestossen worden, dass wir nicht auf Kosten anderer leben dürfen. Man verlangt von uns zu Recht, dass wir uns gegenüber dem Ausland solidarisch verhalten. Wir müssen in Zukunft zeigen, dass wir ein gutes internationales Niveau haben. Bezüglich Innenpolitik wird es eine grosse Herausforderung sein, als Kleinstaat zu bestehen. Dies braucht Substanz. Wir müssen wissen, weshalb wir ein eigener Staat sein wollen. Dies kann nicht nur wegen dem materiellen Vorteil sein. Das alleine reicht nicht. Wir brauchen auch die Besinnung darauf, dass wir eine eigene Kultur und eine lange Geschichte haben. Damit müssen wir uns beschäftigen, damit wir glaubwürdig darlegen können, dass wir ein eigener Staat sein wollen. Der wirtschaftliche Vorteil kann alleine sicher nicht der Grund sein.